

Die zunehmende *Ausländerfeindlichkeit* betrifft auch die Muslime, selbst die deutschen Muslime. Die Moschee in München, die keineswegs einer ausländischen Nationalität vorbehalten ist, wurde bereits mit nationalistischen Symbolen und Parolen besprüht. Die Gefahr, daß die Muslime in eine *Parallelgesellschaft* zu den Deutschen und an den *gesellschaftlichen Rand* gedrängt werden, besteht zweifellos. Die ausländischen Muslime müssen sich gegen die Vorwürfe, die eigentlich ihrem Heimatland gelten – aus dem sie meist paradoxerweise eben wegen der dort herrschenden Mißstände geflohen sind –, verteidigen. Die deutschen Muslime spüren den leisen Vorwurf des *Vaterlandsverrats*.

Selbst jene, die wissen, daß Ängste meist irrational sind und pathologische Züge tragen, rechtfertigen sich mit realen Existenzängsten, mit dem Hinweis auf fundamentalistische Ghettos in „unseren“ Städten, mit dem Verlust der deutschen Sprache „unserer“ Schüler in Klassen mit hohem Ausländeranteil und immer wieder: mit dem historischen Argument von der *Eroberungsmanie des politischen Islam*. Zwei Parallelgesellschaften würden sicher zu massiven Konflikten führen. Deshalb ist ein gangbarer Weg zur Vermeidung einer islamischen Substruktur die *Beteiligung der Muslime an den staatlichen Entscheidungsprozessen* in der ihnen zustehenden Art und Weise. Daß Muslime in diese Richtung selbst Schritte unternehmen, bewies die Gründung der *Islamischen Partei Deutschlands*. Die „Herausforderung Islam“, schrieb der Orientalist *Karl Binswanger* vor kurzem, „geht an uns

Alteingesessene: Wir müssen den organisierten und politischen Islam als Teil der pluralistischen Gesellschaft begreifen.“

Ob die Muslime eine Parallelgesellschaft bilden, wird auch von den Christen bzw. deren Einstellung und Umgang mit den muslimischen Nachbarn und Nachbargemeinden abhängen. Eine dialogische Haltung beginnt sich langsam zu entwickeln und unter dem Druck der Aufgaben, nimmt sie mehr und mehr konkrete Formen an. Seit das Konzil vom Dialog mit den Muslimen gesprochen hat und Institutionen dazu eingerichtet wurden, tauschen Christen und Muslime gegenseitig Informationen über ihre religiösen Lehren und gläubigen Erfahrungen aus. Die Begegnungsmöglichkeiten werden jedoch noch sehr zaghaft genutzt. Orte der Begegnung wie die religionsverschiedene Ehe und die Schule werden in den theoretischen Erörterungen zum Dialog überfordert, andere Orte nicht gesehen. Pastoral und Verkündigung im weitesten Sinne nützen die Chancen, die in der Zusammenarbeit zwischen katholischen, evangelischen und islamischen Gemeinden liegen könnten, nicht. Engagement in gesellschaftspolitischen Fragen, was von einer religiös begründeten Werteordnung bestimmt ist, geschieht immer noch lediglich in Einzelinitiativen. Dabei ist Christen und Muslimen das Wissen um ihre Geschöpflichkeit ein gemeinsames Charakteristikum, das ihr Handeln in dieser Welt spezifisch definiert. Damit dies zum Tragen kommen kann, müßten jedoch erst gegenseitiges Mißtrauen und die Angst vor Bekehrung abgebaut werden.

Barbara Huber

Die Partei behält ihren Führungsanspruch

Die Volksrepublik China nach dem 14. Parteikongreß

Ökonomische Modernisierung, aber keine grundlegende Veränderung des politischen Systems, so lautet das Credo der chinesischen Kommunisten, das auch auf dem 14. Parteikongreß Mitte Oktober wieder bekräftigt wurde. Das Festhalten an einem Sozialismus mit chinesischen Akzenten schränkt auch den Freiraum für die Religionsgemeinschaften nach wie vor ein. Im Verhältnis zur katholischen Untergrundkirche gibt es Signale der Entspannung wie der weiteren Repression. Unter der chinesischen Jugend wächst Umfragen zufolge die Religiosität.

Für die VR China war der Golfkrieg 1991 und die Beteiligung an den diplomatischen Entscheidungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Gelegenheit, sich wieder als außenpolitische Großmacht zu zeigen, die im Konzert der Staaten berechenbar Verantwortung übernimmt und mitträgt. Die Schatten der Ereignisse auf dem Tiananmenplatz in Peking im Juni 1989 sind weit zurückgewichen. Die USA haben der VR China die Meistbegünstigtenklausel trotz einigem Zögern und innenpolitischer Auseinandersetzung nie aberkannt.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehung mit *Südkorea* im August dieses Jahres gilt für beide Regierungen als ein großer politischer Erfolg. Für die Volksrepublik China ist damit verbunden, daß ihr Verhältnis zu Nordkorea sich erheblich verändern wird. Bei der grundsätzlichen ideologischen Nähe wegen des gemeinsamen Festhaltens am Sozialismus in einer Zeit, wo die „real existierenden“ sozialistischen Länder immer weniger werden, ist man zwar weiterhin aufeinander angewiesen. Zugleich hat sich in dieser Entscheidung aber das pragmatische Denken in volkswirtschaftlichen Kategorien durchgesetzt, das davon ausgeht, daß Südkoreas Wirtschaft wesentlich mehr zur Modernisierung und Industrialisierung Chinas beitragen kann als die Nordkoreaner. Gegenüber Taiwan hat die Diplomatie der Volksrepublik damit ebenfalls einen großen Erfolg errungen.

Einen weiteren außenpolitischen Erfolg konnte die chinesische Regierung im Zusammenhang mit dem Besuch des deutschen Außenministers in Peking Anfang November verbuchen. Kinkel charakterisierte in offiziellen Interviews das gegenseitige Verhältnis mit der Feststellung, daß

die Beziehungen zwischen Deutschland und China „wieder normal“ seien. Damit hat er gleichsam der chinesischen Führung bestätigt, daß die Ereignisse des Tiananmen, die fortgesetzte Unterdrückungspolitik in Tibet, die Verfolgung politisch, religiös und ideologisch Andersdenkender im eigenen Land keine Hindernisse für eine politische und vor allem wirtschaftliche Zusammenarbeit unter „realpolitischer Rücksicht“ darstellen. Die zynische Berechnung der chinesischen Politiker, daß nach einer gewissen Schamfrist das Kapitel „Menschenrechtsverletzungen“ zugunsten gegenseitig lukrativer Handelsbeziehungen abgehakt werden würde, ist damit voll und ganz aufgegangen. Kinkel hat zwar behauptet, das Thema „Menschenrechte“ in den Verhandlungen zur Sprache gebracht zu haben, weigerte sich jedoch, konkrete Einzelheiten zu nennen. In den offiziellen Protokollen der chinesischen Seite findet sich keinerlei Hinweis auf Fragen der Menschenrechte. Kinkels Auftritt in Peking wirkte schwach und prinzipienlos, vor allem auch dadurch, daß er die chinesische Terminologie übernahm und z. B. von „Rückschlägen in den gegenseitigen Beziehungen“ sprach und damit nur noch höchst indirekt auf die Ereignisse auf dem Tiananmen und andere Menschenrechtsverletzungen anspielte.

Ein Sozialismus mit chinesischer Prägung

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus in der UdSSR und in Ost-Mittleuropa hat die Ideologen in der VR China bei aller vorgespielten Sicherheit doch ernstlich geschockt. Die Lippenbekenntnisse, daß China unbeirrt am Sozialismus festhalten werde, sind wohlfeil, werden aber zunehmend ergänzt durch typisch chinesische Parolen, die sich mit „Sozialismus als Substanz“ und „Kapitalismus zum Gebrauch“ umschreiben lassen. Mit dieser griffigen Formel, die auf die Auseinandersetzung zwischen Traditionalismus und Modernisierung im 19. Jahrhundert zurückgeht, als es hieß „chinesische Tradition als Substanz“ und „westliche Technik zum Gebrauch“, soll der chinesische Eigenweg zum Sozialismus beschrieben werden. Die chinesische Führung hat das klassische marxistische Entwicklungsschema, das vom Kapitalismus über den Sozialismus zum Kommunismus eine dreistufige Entwicklung vorsieht, schon seit längerem durch ein fünfstufiges Modell ersetzt, das vom Halbfeudalismus über Kapitalismus, sozialistische Warenwirtschaft, Vollsozialismus zum Kommunismus führen soll. Dieses Endziel sei aber frühestens in 100 Jahren nach Errichtung der Volksrepublik China, d. h. um 2049 zu erreichen.

Im Vorfeld des XIV. Parteitags wurde von den Reformideologen der Begriff „sozialistische Marktwirtschaft“ ins Spiel gebracht, um die Anstöße *Deng Xiaopings* zur wirtschaftlichen Reform innerhalb der kommunistischen Partei Chinas salonfähig zu machen. Sein Gedankengut wird als „Theorie des Genossen Deng Xiaoping über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung“ gleichrangig

mit dem „Mao-Zedong-Ideen“ als ideologisches Grundkonzept der Partei angesehen und propagiert.

Es gibt inzwischen einige Hinweise, daß die Reformideen von Deng Xiaoping, die sich ohne Zweifel in erster Linie auf das Gebiet der Wirtschaft beschränken, auch auf den *Kultursektor* ausgedehnt werden könnten. Das Kulturministerium hat im August 1992 ein Zehn-Punkte-Programm veröffentlicht, das eine vorsichtige Liberalisierung und Zurückdrängung der „linken Tendenzen“ zu erkennen gibt. Äußerungen von *Li Ruihuan*, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, der den Primat der Ideologie in Literatur und Kunst bemängelte, weisen in eine ähnliche Richtung. Mit Berufung auf die Reform- und Öffnungspolitik von Deng Xiaoping wird die restriktive Kulturpolitik der linken Ideologen kritisiert, die ein einseitiges Verständnis von Literatur und Kunst hätten und die Kreativität der Künstler unnötig beschnitten. In die gleiche Richtung gehen Äußerungen des ehemaligen Kulturministers *Wang Meng*, der sich gegen die ideologische Verengung der Kultur seitens der orthodoxen kommunistischen Kader wendet, die der Kultur nur eine die offizielle Politik unterstützende sekundäre Rolle zubilligen.

Im Vorfeld des 14. Parteikongresses Mitte Oktober spielte sich ein heftiger Kampf um die Parteilinie ab. Der Termin dieser für die nächste Zukunft der Partei, der Regierung und des Landes so wichtigen Veranstaltung wurde solange offen gehalten, bis die entscheidende Weichenstellung vollzogen war. Erst als feststand, daß die Gruppe um den Patriarchen Deng Xiaoping sich in den Diskussionen im Vorfeld durchgesetzt hatte, konnte der Beginn des Kongresses auf den 12. Oktober 1992 festgelegt werden. Anfang Oktober hatte das Zentralkomitee die Verurteilung der „Irrtümer“ des vormaligen Generalsekretärs, Zhao Ziyang, bestätigt und die Untersuchung für abgeschlossen erklärt. Damit sollte wohl sichergestellt werden, daß dieses Thema nicht auf dem 14. Parteikongress diskutiert würde. Bei den Feiern zum Nationalfeiertag (1. Oktober) hat auch der als Hardliner bekannte Ministerpräsident *Li Peng* sich beeilt, auf die Linie Deng Xiaopings einzuschwenken und dessen Konzept eines „Sozialismus chinesischer Prägung“ gutgeheißen.

Die programmatische Rede von Generalsekretär *Jiang Zemin* stellte die Rolle von Deng Xiaoping als Architekten der ökonomischen Reformen und der Modernisierung heraus. Zugleich ließ Jiang aber auch viel Verständnis für die konservativen Kräfte erkennen – ein Zeichen, daß die ideologischen Hardliner immer noch über eine nicht unbedeutende Machtbasis verfügen. Jiang bezeichnete z. B. die Demokratiebewegung des Jahres 1989 als „konterrevolutionäre Rebellion“ und verteidigte die Unterdrückung dieser Bewegung mit der Notwendigkeit, den Fortbestand des Sozialismus in China zu sichern. Ausdrücklich lehnte er die Einführung eines Mehrparteiensystems als unvereinbar mit dem „demokratischen Zentralismus“, d. h. der Fortdauer der alleinigen Führungsrolle der kommunistischen Partei Chinas, ab. Jiang berührte die

Frage der Menschenrechte nur defensiv, indem er sich gegen die oppositionellen Kräfte wandte, die das Problem der Menschenrechte nur dazu gebrauchten, „sich in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen“. Ausdrücklich wurde die Theorie der „friedlichen Entwicklung“ zurückgewiesen, und den Kräften, die an die Möglichkeit eines evolutiven Handels vom Sozialismus zur kapitalistischen Marktwirtschaft glauben, eine Absage erteilt.

Gesundes Wirtschaftswachstum oder Überhitzung?

Im August lag die industrielle Produktion der VR China mit 232,1 Milliarden Yüan 21,2 Prozent über dem August 1991. Für die ersten acht Monate des Jahres wird das Wachstum mit 19,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr angegeben. Auch die Zahlen für Investitionen zeigen eine hohe Wachstumsrate von 36,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. So positiv diese Zahlen sich auch ausnehmen, so gibt es doch Wirtschaftswissenschaftler, die vor einem ungehemmten Wachstum warnen. Sie machen darauf aufmerksam, daß die Rohstoffe knapp werden. Auch gibt es zunehmend Absatzschwierigkeiten für die erzeugten Güter. Die Probleme im Transportwesen machen sich ebenfalls negativ bemerkbar und verhindern den reibungslosen Transport der Waren an ihre Bestimmungsplätze. Einig sind sich die Fachleute, daß das Wachstum noch sehr unregelmäßig ist, was die territoriale Verbreitung angeht. Große Sprünge machen die neuen Wirtschaftszonen und generell der Süden des Landes.

Der Weg zu einer wirklich funktionierenden Marktwirtschaft ist für China in jedem Fall noch weit. Bei den Diskussionen auf dem 14. Parteikongreß haben sich die Anhänger einer sozialistischen Wirtschaftsordnung durchsetzen können. Der neue Protegé von Deng Xiaoping, *Zhu Rongji*, steht als Direktor des Büros für Wirtschaft und Handel (Economic Trade Office) jedenfalls vor der äußerst schwierigen Situation, die klassische Planwirtschaft kommunistischer Prägung in eine Marktwirtschaft mit chinesischen Charakteristiken umzuwandeln.

Aufgrund seiner Altersstruktur erlebt China zwischen 1986 und 1997 einen Geburtenschub. Dies liegt daran, daß jährlich mehr als 1,1 Millionen Frauen das Alter von 23 Jahren erreichen, in dem sie gewöhnlich das erste Kind bekommen. Bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 1,25 Prozent, wie es im 8. Fünfjahrplan vorgesehen ist, wird die Bevölkerung auf dem Festland bis zum Jahr 2000 auf 1,3 Mrd. wachsen. Bis zum Jahr 2500 wird sogar von einem Wachstum bis 1,6 Mrd. ausgegangen. Das Wachstum wird sich vornehmlich in der Arbeiterbevölkerung abspielen, deren Anteil bei 64 Prozent der Bevölkerung liegt und der bis 2020 auf 67 Prozent ansteigen soll. Darin liegt eine Herausforderung für den chinesischen Arbeitsmarkt, aber zugleich eine große Chance, da China so auf reichliche Arbeitskräfte zum wirtschaftlichen Ausbau zurückgreifen kann. Ein anderes Problem ist die zunehmende *Überalterung* der Bevölkerung, die die Not-

wendigkeit eines entsprechenden Altersversorgungssystems immer größer macht. Das Problem des Bevölkerungswachstums stellt sich für China eher bedrohlicher dar, als gegenwärtig offiziell zugegeben und in der langfristigen Planung zugrundegelegt ist. China ernährt auf sieben Prozent der Weltanbaufläche – nur elf Prozent des chinesischen Territoriums sind landwirtschaftlich nutzbar – 25 Prozent der Weltbevölkerung.

Ein Zeichen für die Bestrebungen, die Reformpolitik auch in den Augen des Auslandes glaubwürdig erscheinen zu lassen, ist die Veröffentlichung von Kritik angesehener Religionsführer an der Religionspolitik in der für Ausländer in China auf englisch erscheinenden Zeitung „China Daily“. Die Zeitung berichtete von einer Konferenz zu Fragen der Religionspolitik, die im Rahmen der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes – dem offiziellen Forum, auf dem sich die Führer von verschiedenen Religionsgemeinschaften in der VR China regelmäßig treffen – vom 3. bis 4. September 1992 in Peking abgehalten wurde. Die Konferenz war angeregt worden von Bischof *K. H. Ding*, dem Präsidenten des Chinesischen Christenrates, und brachte protestantische und katholische Christen mit Buddhisten, Daoisten und Muslimen zu einer Analyse der gegenwärtig von der Regierung betriebenen Religionspolitik zusammen. Die Religionsführer äußerten zwar im allgemeinen ihre Anerkennung über einige Aspekte der offiziellen Religionspolitik der Regierung. Doch dann drückten sie ihre Enttäuschung darüber aus, daß es immer noch „linke Elemente“ gäbe, die entgegen der offiziellen Religionspolitik an sich erlaubte religiöse Praktiken behinderten und auch sonst sich den Religionen gegenüber feindselig zeigten.

Die Religionspolitik ist widersprüchlich

Diese Kritik wurde vor allem von *Zhao Puchu*, dem Präsidenten der chinesischen buddhistischen Vereinigung, geäußert. Er wies ebenfalls darauf hin, daß diese feindselige Religionspolitik die Religionen daran hindere, ihren positiven Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau, zur Förderung von politischer Stabilität und zur Aufrechterhaltung von Einheit und Offenheit zu leisten (vgl. China News and Church Report, 11. 9. 92, CNCR 2019). Auf dem 14. Parteikongreß wurde die Ablösung des bisherigen Leiters des nationalen Büros für religiöse Angelegenheiten, *Ren Wuzhi*, bekanntgegeben, der durch *Zhang Shengzuo*, den bisherigen stellvertretenden Direktor der Vereinigten-Front-Abteilung, ersetzt wurde. Ob diese Ernennung Auswirkungen auf die Religionspolitik haben wird, läßt sich gegenwärtig nicht absehen.

In den letzten Monaten wurde aus der VR China sowohl von Freilassungen inhaftierter katholischer Bischöfe und Priester als auch von neuen Verhaftungen berichtet. So wurde Bischof *Peter Liu Guandong*, der Vorsitzende der im November 1990 gegründeten Bischofskonferenz im Untergrund aus der Haft entlassen, in ein Altersheim ein-

gewiesen und unter die Aufsicht der Patriotischen Vereinigung gestellt. Auch der zum Vizepräsidenten der gleichen Bischofskonferenz gewählte Bischof *Joseph Li Side* soll aus der Haft entlassen worden sein und in Tianjin als einfacher Priester wirken können. Ungeklärt blieben bisher die genaueren Umstände des Todes von Bischof *Fan Xueyan* von Baoding am 13. April dieses Jahres. Der 85jährige Bischof soll im Polizeigewahrsam gestorben und sein Leichnam erst mehrere Tage später zur Bestattung freigegeben worden sein. Dabei wurden Verletzungen an mehreren Stellen des Körpers beobachtet, die den Verdacht weckten, daß der Bischof bei Folterungen gestorben, bzw. absichtlich ermordet worden sei.

Als langjähriger Gegner der Religionspolitik der Regierung war Bischof Fan seit 1958 immer wieder verhaftet oder unter Hausarrest gestellt worden. Wegen seiner unbeugsamen Haltung und durch den Umstand, daß er einer der letzten noch legitim von Pius XII. ernannten Bischöfe war, genoß Bischof Fan im ganzen Land und besonders in den Kreisen der Untergrundkirche großes Vertrauen. Durch die von ihm verfaßten oder ihm zugeschriebenen 13 Punkte galt er als Hardliner, der jede Form der Zusammenarbeit mit Bischöfen und Priestern der offiziell anerkannten kirchlichen Gremien als mit dem katholischen Glauben unvereinbar verurteilte.

Ein ähnliches Schicksal wurde auch Weihbischof *Paul Shi Chunjie* von Baoding zuteil, der am 3. November 1991 ebenfalls in Polizeigewahrsam gestorben ist. Auch damals waren die Todesumstände unklar, und es wurde das Gerücht verbreitet, der Bischof sei an den Folgen von Folterungen gestorben. Aus Berichten, die in Hong Kong bekannt wurden, geht hervor, der Bischof von Fengxiang, *Li Jingfeng*, und Bischof *Fan Xufei* von Zhouzhi (beide aus der Provinz Shaanxi) zusammen mit einer Gruppe von Priestern, die von ihm geweiht worden waren, verhaftet worden sind. *Verhaftungen von protestantischen Christen* werden vornehmlich aus den Kreisen der Hauskirchen gemeldet. Hier sind die Anstrengungen seitens der staatlichen Religionsbehörden verstärkt worden, möglichst alle kirchlichen Aktivitäten zu kontrollieren.

Nationalkonferenzen chinesischer Katholiken und Protestanten

Am 11. Oktober d. J. feierte das Priesterseminar von Sheshan bei Shanghai sein 10jähriges Bestehen mit einer Veranstaltung, an der 40 ehemalige Seminaristen, die jetzt als Priester tätig sind, zusammen mit den 139 gegenwärtigen Seminaristen und vielen ausländischen Gästen teilnahmen. In den zehn Jahren seines Bestehens sind aus dem Seminar von Sheshan 70 Priester hervorgegangen. Wie Bischof *Jim Luxian*, der erste Rektor und amtierender Bischof von Shanghai, herausstellte, hat das Seminar von Sheshan durch die Gastvorlesungen von siebzehn ausländischen Theologen und Theologinnen in den letzten Jahren auch akademisch an Gewicht gewonnen. Mit seiner Bibliothek und den anderen Studienangeboten ist das Seminar von Sheshan gegenwärtig wohl das am besten ausgestattete in

der VR China. Die übrigen elf Seminare leiden alle noch stärker am Mangel einer ausreichenden Bibliothek und vor allem am Fehlen hinreichend qualifizierter theologischer Lehrer. Die Feier des Jahrestages wurde belastet durch das Auftreten von Vertretern der patriotischen Vereinigung und der staatlichen Religionsbüros, die die „Errungenschaften einer unabhängigen chinesischen Kirche“ in betonter Abgrenzung gegen jede Form von Gemeinschaft mit Rom und der Weltkirche meinten preisen zu müssen. Vom 15. bis 19. September fand in Peking die Fünfte Nationalkonferenz der Patriotischen Vereinigung der Chinesischen Katholischen Kirche, der Administrativkommission der Chinesischen Katholischen Kirche und der Chinesischen Bischofskonferenz statt. Es nahmen 272 Delegierte (Bischöfe, Priester und Laien) aus 30 Provinzen teil. Die Funktionen der Administrativkommission wurden neu bestimmt, und ihre Tätigkeiten in die Aufgaben der Bischofskonferenz integriert, die ein neues Statut und einen neuen Vorsitzenden erhielt. Bischof *Zhong Huaide* von Jinan, der seit dem Tod von *Zhang Jiashu* 1988 kommissarisch als Vorsitzender fungiert hatte, wurde in dieses Amt gewählt, eine Entscheidung, die von Beobachtern dahingehend gedeutet wurde, daß sich an der bisherigen Kirchenpolitik nicht viel ändern wird. Im Vorfeld des 14. Parteikongresses war auch kaum mit grundlegenden Änderungen und einem Aufbruch zu neuen Ufern zu rechnen gewesen.

Die offiziellen Institutionen in Schwierigkeiten

Es bleibt jedenfalls abzuwarten, ob die Neustrukturierung der kirchlichen Gremien eine Stärkung der Rolle der Bischofskonferenz als des eigentlich für die kirchlichen Angelegenheiten wie Liturgie, Lehre und Priesterausbildung verantwortlichen Gremiums mit sich bringen wird. Der Artikel 2 des neuen Statuts der Bischofskonferenz enthält ekklesiologisch widersprüchliche Aussagen. Auf der einen Seite wird festgestellt, daß die Bischofskonferenz sich auf die Bibel und die Tradition der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche stützt, auf der anderen Seite wird im selben Artikel gesagt, daß die Bischofskonferenz in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Unabhängigkeit, der Selbstbestimmung und der Selbstverwaltung tätig sein werde. Wie diese beiden Aussagen in Übereinstimmung gebracht werden könnten, bleibt unklar und drückt ziemlich genau die gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten und Widersprüche der offiziell anerkannten kirchlichen Institutionen in China aus. Von ausländischen Beobachtern wurde die Hoffnung geäußert, daß dieses Dokument nur Ausdruck der gegenwärtigen Beschränkung einer wirklich freien Meinungsbildung sei.

Bei der Konferenz wurde jedenfalls auch die Rolle der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung (CCPA) neu bestimmt. Sie soll in Zukunft weniger eine Organisation sein, die eigenständig Kirchenpolitik betreibt, sondern sich auf eine dienende Funktion beschrän-

ken und der Bischofskonferenz zuarbeiten, indem sie die Kontakte der Kirche zu den Institutionen des Staates und der kommunistischen Partei übernimmt. Durch eine weitgehende personalpolitische Verzahnung – der Vorsitzende der Bischofskonferenz ist auch der Präsident der CCPA – erscheint die tatsächliche Abgrenzung der Funktionen der beiden Gremien dann doch wieder unscharf zu werden. Als eine versöhnliche Geste in Hinblick auf die Beziehungen zum Heiligen Stuhl kann die Aussage von Bischof Zong Huaide nach seiner Wahl gewertet werden, in der er betont, daß „der Papst der geistliche Führer ist, für den die Bischofskonferenz immer bete“ und daß die Bischofskonferenz Chinas sich mit dem Heiligen Vater und allen Bischofskonferenzen in der katholischen Kirche verbunden fühle (Asia Focus, Oct. 2, 1992, no. 37, 1,6).

Vom 31. Dezember 1991 bis 6. Januar 1992 haben die protestantischen Christen ebenfalls in Peking ihre Fünfte Nationale Chinesische Christenkonferenz mit dem Thema: „Die Kirche gut verwalten“ durchgeführt. Bei dieser Konferenz wurde eine *neue Kirchenordnung* für den probeweisen Gebrauch in den Gemeinden verabschiedet, die einen weiteren Schritt in Richtung der Entwicklung des chinesischen Christenrats zu einer Kirchenunion darstellen soll. Das Dokument versucht, verschiedene Traditionen im Geist gegenseitiger Achtung zu würdigen und für die chinesische Kirche, die in die Periode einer nach-konfessionellen Kirche eingetreten ist, fruchtbar zu machen. Ausdrücklich wird die Arbeit der Drei-Selbst-Bewegung im Beschluß-Dokument der Konferenz (dt. Text, China Heute XI [1992] 5, 131 f.) positiv gewürdigt, und die weitere Durchführung der Drei-Selbst-Prinzipien ange-mahnt.

Nachdenklich stimmen die Passagen des Schlußdokuments, in denen der Sozialismus, die kommunistische Partei und die Arbeit der staatlichen Religionsbehörden mit Dank und Anerkennung positiv hervorgehoben werden und die weitere enge Zusammenarbeit gelobt wird. Die offizielle Zeitschrift des chinesischen Kirchenrats und der Drei-Selbst-Bewegung „Tiang Feng“ betont in einer der letzten Ausgaben ausdrücklich, daß es nicht zutrefte, daß die protestantischen Christen in China auf eine „friedliche Evolution“ hinarbeiteten – ein Vorwurf, den linke Parteikreise generell gegen die Christen erhoben hatten. Mit Bezug auf Maos Unterscheidung von politischen und ideologischen Gegensätzen wird erklärt, daß die Christen sich zwar durch ideologische Differenzen im Hinblick auf die Frage des Atheismus unterschieden, grundsätzlich aber die Existenz des Sozialismus und die Herrschaft der kommunistischen Partei in China anerkennen würden.

Wachsende Religiosität unter chinesischen Jugendlichen

Zwei Untersuchungen, die in jüngster Zeit vom Zentralkomitee der chinesischen kommunistischen Jugendliga in Auftrag gegeben worden waren, belegen eine Abnahme des Interesses am Kommunismus und eine starke Zunahme an Religiosität unter den chinesischen Jugendlichen.

Die erste Umfrage war unter 2500 jungen Arbeitern und Studenten in Peking, Tianjin, Shanghai und Guangzhou durchgeführt worden. Die Befragungen ergaben, daß eine große Mehrheit nicht von der Verwirklichung des Kommunismus/Sozialismus überzeugt ist, sondern darin eher eine unerreichbare Utopie sieht. Die zweite Umfrage unter 9000 Jugendlichen in mehreren chinesischen Großstädten fragte nach den Zukunftserwartungen der Jugendlichen. Die Antworten tendierten zu fast 90 Prozent dahin, einen guten Beruf, gute Bezahlung und die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen, als erstrebenswerte Ziele für die Zukunft zu bezeichnen. An einer Mitarbeit oder Zugehörigkeit in kommunistischen Organisationen waren höchstens 15 Prozent interessiert. Das überraschende Ergebnis war, daß der Anteil der Jugendlichen, die sich als Angehörige des Christentums oder des Buddhismus bezeichneten, sich auf 15–20 Prozent belief (Quelle: CNCR 18. 9. 92, CNCR 2025).

Die Zahl der Christen ist höher als angegeben

Das Chinese Church Research Center in Hong Kong berichtet in dem von ihm herausgegebenen China News and Church Report vom 25. September 1992 (CNCR 2026), daß das staatliche statistische Büro eine Untersuchung über die *Zahl der Religionsangehörigen* in China durchgeführt habe. Im Juni dieses Jahres sei die Untersuchung abgeschlossen gewesen. Über „Informanten aus dem Festland“ seien folgende Zahlen weitergegeben worden: Etwa 200 Millionen Chinesen gehörten demnach einer Religionsgemeinschaft an. Die größte Gruppe seien die Buddhisten, die etwa 100 Millionen Anhänger zählten. Danach folgten mit 63 Millionen die protestantischen Christen. Die Zahl der katholischen Gläubigen wird mit 12 Millionen angegeben.

Schon vor einigen Jahren hatte das gleiche Zentrum die Zahl der protestantischen Christen auf 50 Millionen beziffert. Durch die neuen Zahlen fühlt man sich nun in der Vermutung bestätigt, daß die Angaben des chinesischen Christenrats, der offiziell von fünf Millionen protestantischen Christen ausgeht und die Zahlenangabe für die Katholiken mit vier Millionen wesentlich zu niedrig angesetzt seien. Es zeige sich an diesen Zahlen, daß die offiziell anerkannten kirchlichen Gremien nur einen Bruchteil der tatsächlich Gläubigen erfassen.

An diesen Angaben zeigt sich wieder einmal, daß gegenwärtig keine wirklich verlässlichen Zahlen über die Mitglieder der verschiedenen Religionsgemeinschaften in der VR China zu erhalten sind. Alle bisher genannten Zahlen sind mehr oder weniger glaubwürdige Hochrechnungen und Schätzungen. Auch wenn man die neuen hohen Zahlen als nicht seriös ansieht, wird man doch wohl zustimmen können, daß die Zahl der Christen um einiges höher anzusetzen ist, als die bisherigen Angaben des chinesischen Kirchenrats und der patriotischen Gremien der katholischen Kirche hergeben.

Georg Evers